Preis Fr. —.25.

Kampf der Absatzkrise und der Arbeitslosigkeit!

Eine Darstellung der Ursachen von Absatzkrise und Arbeitslosigkeit und der Mittel zu ihrer Beseitigung und Verhinderung.

Von Fritz Schwarz.

1.—10. Tausend.



P. F. H.

Bern, Pestalozzi-Fellenberg-Haus, 1931.

Der Verfasser

Herr Fritz Schwarz, schreibt in der 1. Augustnummer der «Freiwirtschaftlichen Zeitung» über die «Zürcher Illustrierte»:

> «Die «Zürcher Illustrierte» ist eine Illustrierte, an der man wirklich ungemischte Freude haben kann! Sie hat eine bestimmte Tendenz, sie ist in gutem Sinne demokratisch und kulturpolitisch eingestellt . . . Die Freiwirtschafter wird insbesondere interessieren, daß die «Zürcher Illustrierte» eine Umfrage über die Krisenursachen und die Mittel zur Krisenbekämpfung veranstaltete . . . Kurz: die «Zürcher Illustrierte» ist ein wackeres Blatt und sei unseren Lesern nochmals bestens empfohlen.»

Es ist heute mehr als je nötig, gut und umfassend über die Weltvorgänge orientiert zu werden. Die «Zürcher Illustrierte» beschränkt sich nicht nur auf Bildwiedergaben, sondern veröffentlicht über die wichtigsten Ereignisse interessante Bildberichte und Beiträge prominenter Persönlichkeiten. Sie bildet eine wertvolle Ergänzung Ihrer Zeitungslektüre.

Wir schicken Ihnen während der nächsten vier Wochen die «Zürcher Illustrierte» kostenlos zu. Sie brauchen sich erst nach Ablauf dieser Zeit zu entschließen, ob Sie ein Abonnement aufgeben wollen oder nicht.



Wer schon jemals in einer Familie verkehrte, in der arbeitslose Söhne oder Töchter lebten, oder wo gar der Vater keine Arbeit hatte, oder wer je mit einem Geschäftsmann in ein vertrauliches Gespräch kam, wenn dieser von einer Absatzstockung betroffen wurde, der kann ermessen, was Arbeitslosigkeit und Absatzstockung bedeutet! Ich war einmal nach einem Vortrag über die Krise Zeuge einer Auseinandersetzung zwischen jungen und alten Arbeitslosen, von denen jeder behauptete, gerade für *seine* Altersstufe sei die Arbeitslosigkeit besonders schwer zu ertragen. Es mußte einem ans Herz greifen, wenn man die Aufzählungen der Leiden hörte, die die Arbeitslosigkeit unsern Jugendlichen wie auch unseren älteren Arbeitslosen verursacht. Oder denken wir an jene Nachricht aus Berlin, daß sich zwei Tage vor Weihnachten fünf Geschäftsleute das Leben nahmen, weil sie infolge der Absatzstockung ihren Ruin vor Augen sahen.

Können wir Absatzstockungen und Arbeitslosigkeit vermeiden? Jawohl! Und ob wir es tun oder nicht tun, das ist die Schicksalsfrage unserer Zeit. Es hängt davon nicht bloß das persönliche Wohl der Arbeitslosen ab, sondern noch weit mehr: die künftige Gestaltung unseres Gemeinschaftslebens überhaupt. So sicher wie die französische Revolution eine Besserung der damaligen, unerträglichen Verhältnisse durch den gewaltsamen Umsturz herbeizuführen suchte, so sicher gewinnt heute der Bolschewismus ständig an Boden, weil der Staatssozialismus unseren Arbeitern nie geben kann, was sie verlangen dürfen und weil sie deshalb immer weiter links nach der Befriedigung

ihrer Ansprüche suchen. Der Arbeiter kann und wird sich eben nie in die heutige Krisenwirtschaft einfügen. Er sucht immer weiter nach Wegen aus dem Elend, mit ihm auch der Kleinbauer und der Mittelstand. Sie finden bei der Sozialdemokratie, wie sie heute ist, keine Lösung. Jede neue Krise nützt daher nur den entschlossenen Umstürzlern, und zwar aus zwei Gründen. Einerseits gibt jede neue Krise ihrer Behauptung recht, daß die heutige Wirtschaftsordnung und die heute herrschenden Parteien, inbegriffen die Sozialisten, nie dauernd bessere Verhältnisse schaffen können oder wollen und bringt ihnen daher neuen Zulauf von Verzweifelten, während anderseits die gemäßigte Sozialdemokratie geschwächt wird — und die Sozialdemokraten werden bald die besten Stützen des Staates sein, so seltsam das auch klingen mag. In diesem großen Zusammenhang erkennt man den Kampf gegen die Wirtschaftskrisen als den Kampf gegen den sinnlosen Umsturz durch den Bolschewismus.

Man mag diese Ansicht als übertrieben betrachten. Aber man bedenke, daß uns die heutige Krisenwirtschaft unvermeidlich in neue Kriege hineintreiben wird. Letzten Endes war doch die Entstehung von Entente und Dreibund die Frucht der Dauerkrise der Siebziger- und Achtzigerjahre, und der Ausbruch des Krieges 1914 war wenig anderes als die Flucht aus der Krise von 1912—14. Daß der spanisch-amerikanische Krieg seinerzeit als Ausweg aus der Arbeitslosenkrise ohne äußere Notwendigkeit gewählt worden ist, haben Montana Warn[1]) 1908 und Farquhar[2]) 1929 sehr schön klargelegt.

Was wird aber auf einen neuen Krieg in Europa folgen? — Wir wagen diese Frage gar nicht zu beantworten. Nur das eine wissen wir: daß dieser Krieg gemacht wird, wenn es uns nicht gelingt, die Völker durch die Vermeidung der Wirtschaftskrisen friedlich zu stimmen. Denn diese Krisen haben uns

---

[1]) Erlebnisse eines Ostschweizers in den Vereinigten Staaten. Bern 1908.

[2]) Farquhar: die erste Million die schwerste. Berlin 1929.

die Z o l l s c h r a n k e n gebracht, die das beste Mittel waren, um die Völker gegeneinander zu verhetzen, sie brachten uns die Einwanderungsschwierigkeiten und endlich auch die Arbeitslosigkeit, die immer neuen Zündstoff inner- wie außenpolitischer Art liefert. Mit der Beseitigung der Absatzstockung, der Arbeitslosigkeit und damit der Zollerhöhungen, löschen wir endlich die Lunte am europäischen Pulverfaß und bereiten einer allgemeinen Verständigung in und zwischen den Völkern den Weg.

Die Frage der Krisenbekämpfung war noch nie so dringend wie heute. Sie ist die Schicksalsfrage Europas geworden. Das zeigt sich im öffentlichen Leben immer deutlicher. Während in der Morgankrise 1907/8 die Frage nach den Ursachen dieser bedauerlichen Erscheinung kaum berührt wurde, hat heute jedermann eine Erklärung der Krisen bereit; Zeitungen mit mehreren Mitarbeitern verbreiten auch mehrere Krisentheorien, was natürlich die Abklärung der Frage nicht gerade erleichtert. Immerhin: besser mehrere Erklärungen als gar keine; denn im Kampf der Meinungen ringt sich die Wahrheit durch, während sie mit trägem Stillschweigen nicht gefördert wird.

Aber ein Unfug ist es, angebliche Krisengründe immer wieder zu verbreiten, wenn sie als falsch zurückgewiesen worden sind. Ebenso schädlich ist die lendenlahme Redensart, daß es immer Krisen gegeben habe und immer geben werde. Früher wurde noch mit einem Schein von Recht behauptet, die Krisen beseitigen «wurmstichige Unternehmen» und «reinigen die Luft». Diesen Glauben bringt heute niemand mehr auf. Kürzlich hat auch der Handelsredaktor der «Vossischen» sehr klar und entschieden die Ansicht vom Nutzen der Reinigungskrise als veraltet und nicht mehr zutreffend zurückgewiesen: solide Geschäfte brechen heute zusammen, während «die Lumpen leben bleiben». [3])

Aber ist eine Wirtschaft, ein Wirtschaftssystem ganz ohne Arbeitslose und ohne jede Absatzstockung

---

[3]) Nr. 262, 1930 der «Vossischen Zeitung».

denkbar? — Diese Frage kann man nicht mit ja beantworten. Denn immer wird es Unternehmer geben, die sich bei der Abschätzung ihres Absatzes täuschen und auf unverwendbaren Vorräten sitzen bleiben müssen. Ebenso wird es immer Leute geben, die um jeden Preis einen bestimmten Beruf ausüben wollen und eine Zeit der Arbeitslosigkeit auf sich nehmen, weil sie auf diesen bestimmten Beruf eingestellt sind und ihn nicht wechseln wollen. Diese «Absatzstokkung für Waren und Arbeiter» rührt vom A n g e b o t her — und das Angebot ist frei und soll auch frei bleiben. Nur der Sozialismus und Bolschewismus, mit einem Wort «die Planwirtschaft» will auf der Angebotsseite eingreifen. Aber das ist ebenso unnötig wie unmöglich. Der Mensch muß frei sein und frei bleiben, und man darf ihn auch frei schalten lassen, wenn man ihm dafür die Folgen seiner freien Betätigung auferlegt: die Absatzstockung aus eigener, falscher Abschätzung des Verbrauchs und die Arbeitslosigkeit aus Freude an einem bestimmten, aber überlaufenen Beruf. Die Arbeitslosigkeit und die Absatzstockung aus Mängeln des A n g e b o t s ist jedoch verhältnismäßig selten. I r v i n g F i s h e r, Amerikas bekanntester Volkswirtschafter, hat sie für die Jahre 1903 bis 1923 auf einen Zwanzigstel der Arbeitslosigkeit und auf einen Zehntel der Absatzstockungen berechnet.[4] Aber zwanzigmal so wichtig als die Seite des Angebots ist die Seite der N a c h f r a g e. Was an Arbeitslosigkeit auf der Angebotsseite entsteht, ist dagegen kaum der Rede wert, und außerdem ist sie der Preis für die Freiheit der Berufswahl und der Produktion und diese Freiheiten sind damit nicht zu teuer bezahlt.

Wer nur die Seite des Angebots und nicht auch die Seite der N a c h f r a g e im Auge hat, der sieht nur einen kleinen Bruchteil des ganzen Wirtschaftssystems, das aus Angebot und Nachfrage besteht und das außerdem den A u s t a u s c h (Zirkulation) und

---

[4]) Siehe seinen Beitrag in «Absatzstockung, Arbeitslosigkeit und ihre Beseitigung», Berlin 1927.

den Verbrauch (Konsumation) auch noch aufweist! Der Planwirtschafter aber sieht nur die Warenerzeugung (Produktion) und diese will er verstaatlichen, um so die Krise durch planmäßige Warenerzeugung zu beheben. Tatsächlich haben aber alle solchen Versuche stets mit einer Einengung der Warenerzeugung geendet; die Menschen wurden ärmer statt reicher und alle planwirtschaftlichen (kommunistischen) Versuche scheiterten an der Verarmung der Kommunisten, die in die reicheren Gefilde der Privatwirtschaft durchbrannten und den Sozialismus im Stich ließen. [5])

Mit dem Reden und Träumen von einer Planwirtschaft ist der Glaube an die Ueberproduktion und an die Maschine als Ursache der Krise eng verknüpft. — «Man hat planlos darauflos produziert, man hat immer mehr Maschinen eingestellt — jetzt hat man den Dreck: es ist von allem zu viel da und es kann nichts mehr verkauft und verbraucht werden. Und deshalb müssen jetzt die Arbeiter feiern — eben solange, bis die Vorräte wieder verbraucht sind und sich die Nachfrage wieder neu einstellt. Erst dann kommt wieder Schwung in die Geschäfte, die Preise ziehen an und das Räderwerk der Wirtschaft kommt wieder in Gang — bis eine neue Ueberproduktion zustande gekommen ist.»

So ungefähr denkt sich heute noch die Mehrzahl der Menschen die Entstehung der Krisen. Jede Krisenerklärung muß jedoch einer dreifachen Prüfung standhalten. Sie muß erstens mit der Natur der Menschen in Uebereinstimmung stehen und den Menschen nehmen wie er ist. Sie muß zweitens für alle Länder und drittens für alle Zeiten zutreffen. So fällt z. B. alles, was mit dem Krieg, mit dem Bolschewismus zusammenhängt, als Krisenursache außer Betracht, weil es ja schon im 19. Jahrhundert, dann 1907/8 und 1912 bis 1914 große Krisen mit allen ihren Begleiterscheinungen gegeben hat. Der Krieg, die Reparationen und

---

[5]) A. Shadwell: Der Zusammenbruch des Sozialismus, München 1927, Bruckmann.

der Bolschewismus haben mit den großen Vorkriegskrisen nichts zu tun ,und wer glaubt, daß die Arbeitslosigkeit vor dem Krieg weniger schlimm gewesen sei als heute, der lese Mackays furchtbaren Gesellschaftsroman «Die Anarchisten», der 1891 geschrieben worden ist ,oder Prof. Försters Studie über die Arbeitslosigkeit aus dem Jahre 1898! Die Krisenfolgen werden heute nur stärker empfunden als früher, weil man allmählich spürt, daß sie nicht mehr sein müßten, merkt, daß sie bestimmten Kreisen nützen und sieht, daß man näher daran ist, die politische Macht zu erringen als vor dem Krieg und das Wirtschaftssystem zerschlagen kann, das sie uns beschert. Daß mit dieser Zerschlagung unserer heutigen Wirtschaftsordnung noch nichts Neues geschafft ist, leuchtet nur dem ein, der wenig unter ihr zu leiden hat, während der Arbeitslose mit seinem ganzen Anhang dieser unsicheren Hoffnung auf Besserung schließlich einen Schrecken ohne Ende und ohne Hoffnung auf eine schönere Zukunft vorzieht: Die Arbeitslosigkeit wird daher heute ganz anders gefährlich als vor dem Kriege. Alle Schreckensbilder aus Rußland helfen nichts. Wer einige Zeit arbeitslos war und wer verdammt ist, in den Verhältnissen vieler unserer Arbeiter zu leben, der liest sie gar nicht und wer sie trotzdem liest, der sagt sich: wir machen es dann schon besser! —

Untersuchen wir jetzt die Erklärung der Arbeitslosigkeit aus der Ueberproduktion, dem Zunehmen der Maschinen und der Rationalisierung auch in Bezug auf die verschiedenen Länder, so finden wir seit 1920 eine andauernde Krise gerade in England, das aber recht konservativ ist, wenig neue Maschinen und fast keine Rationalisierung kennt. Der Schweizerische Bankverein führt die Arbeitslosigkeit in England gerade auf die fehlende Rationalisierung zurück [6]) und es ist bekannt, daß die am meisten rationalisierten Industriezweige am wenigsten Arbeitslose haben. So wiesen auch die

---

[6]) Oktober 1930, Seite 237.

Vereinigten Staaten von 1923 bis 1929, als dort am schärfsten rationalisiert wurde, keine Arbeitslosigkeit auf. Jede Maschine verlangt eben auch einen Abnehmer für ihre Erzeugnisse, und sie verlangt daher gewissermaßen an andern Orten Arbeitende, die dem Besitzer der Maschine ihre Produkte bringen, damit er die seiner Maschine loswird — anders hat die Maschine weder Zweck noch Sinn.

Wenn man endlich die Theorie von der Ueberproduktion auf ihre Uebereinstimmung mit der menschlichen Natur prüft, so müssen wir uns doch fragen, warum die Menschheit die riesigen Warenvorräte nicht in einem Anfall von — sagen wir Lebensbejahung — verißt, vertrinkt, verwohnt, verschleißt usw.? Warum gibt es eine Ueberproduktion, aber keine Ueberkonsumation? Ist der Mensch — und insbesondere der Mensch der Nachkriegszeit! — wirklich so beschaffen, daß er drauflos arbeitet, um alles schließlich zu versenken oder zu verbrennen?[7]) Möchten nicht vielmehr alle Menschen mehr brauchen und weniger arbeiten? Wie stimmt das zur Lehre von der Ueberproduktion oder zur «Unterkonsumation», was ja beides aufs gleiche heraus kommt? Millionen und Millionen haben heute ungestillte Bedürfnisse nach besserer Nahrung, feineren Getränken, besseren Schuhen und Kleidern, nach hübscheren Möbeln, mehr Wohnraum, besserer Wäsche, nach Uhren, Musikinstrumenten, Radio, Auto, Reisen, Konzerten usw. usw. Die Bedürfnisse sind auch früher da als die Arbeitsfähigkeit, sie wachsen rascher als der Wille, sich durch Arbeit redlich und recht herbeizuschaffen was man sich wünscht und im Alter bleiben sie auch wieder länger als die Arbeitsfähigkeit: so ist es geradezu ein wirtschaftliches Wunder, daß auch nur ein Schein von Ueberproduktion entstehen kann. Und doch stehen in den Krisenzeiten die Bauern bei ihrem unverkäuflichen Getreide, das man zu Feingebäck verarbeiten könnte, bei ihrem Schlachtvieh, dem zu-

---

[7]) Siehe die bezügliche Zusammenstellung im «Schweizerischen Beobachter» 1930, Nr. 17, S. 541.

künftigen Braten, bei anderen, gesuchten und vermißten Delikatessen, und das alles können sie nicht an die Arbeiter liefern, die es sehr gerne verzehren würden. Diese ihrerseits haben Schuhe, Stoffe, Möbel, Maschinen, Werkzeuge usw. usw. hergestellt, was die Bauern alles sehr wohl brauchen könnten — aber auch diese können es nicht kaufen, d. h. also nicht gegen ihre Produkte eintauschen.

Warum muß Bally bei seinen Schuhen, Heberlein bei seinen Stoffen, Meer bei seinen Möbeln, der Landwirt bei seinen Lebensmitteln, Sulzer bei seinen Maschinen untätig sehen, daß alle andern Stände diese Erzeugnisse doch so gut brauchen könnten, aber sie trotz allem nicht kaufen können? Warum? Woher diese seltsame Erstarrung, diese Verkrampfung unseres Warenaustausches, die zwar tatsächlich den Anschein einer Ueberproduktion erweckt, sie aber offenbar doch nicht ist — man sehe sich nur unsere Bauern, unsern Mittelstand und unsere Arbeiter, ihre Lebensweise und vor allem ihre Wohnungen an, um sofort zu erkennen, daß von einer wirklichen Ueberproduktion heute noch keine Rede sein kann!

Bei der Frage nach der Möglichkeit des Tausches von Stoffen gegen Lebensmittel, von Uhren gegen Schuhe, von Maschinen gegen Möbel usw. usw. stoßen wir auf die Tatsache, daß heute der Umtausch Ware gegen Ware ganz ungebräuchlich geworden ist. Die Zeit der «Naturalwirtschaft» ist vorbei: Wir stehen in der Geldwirtschaft. Der gesamte Warenumtausch geht heute durch das Geld. Es stellt die Nachfrage nach den Waren dar. Umlaufendes, zum Kaufe hingegebenes Geld ist die Nachfrage. Und da erhebt sich nun die schicksalsschwere Frage, ob das Geld heute den Austausch der Waren in der richtigen Weise vermittelt oder nicht!?

Ist das umlaufende Geld Nachfrage, so muß eine Verminderung des umlaufenden Geldes im Verhältnis zu der Warenmenge (dem Angebot!) den Preisstand

eines Landes senken. (Dabei können gleichzeitig einzelne Preise steigen, wie solche auch bei einer Vermehrung des umlaufenden Geldes auch sinken können. Man darf nie einzelne Preise mit dem Preisstand (Index) und einzelne Waren mit dem Angebot — der Gesamtwarenmenge — verwechseln oder sie einander gleichsetzen, wie das leider noch so oft geschieht!)

Eine Verminderung des umlaufenden Geldes im Verhältnis zur Warenmenge führt zwangsläufig zu einer Absatzstockung, das ist klar. Um sie zu überwinden, setzt der Produzent dann den Preis herab; er hofft damit den Käufer trotzdem zu einem Abschluß zu gewinnen. Das gelingt jedoch nur, wenn dieser fühlt, daß neben und hinter ihm noch mehr Geld — Nachfrage! — auf die Ware lauert. Spürt er aber, daß die Nachfrage — das Geld — allgemein rar ist, so hält er trotz der Preissenkung noch weiter zurück und der Streik des Kaufmannsgeldes ist da! Während ohne die Erwartung allgemein sinkender Preise jede Preisherabsetzung — z. B. bei Ausverkäufen — die Käufer sofort anzieht, versagt dieses Mittel, sobald man eine allgemeine Senkung des Preisstandes infolge Geldverknappung erwartet.

Dieser Streik des Kaufmannsgeldes trägt auch großenteils die Schuld an jener bekannten Täuschung über die Ursache der Krise: auf den Banken häuft sich nämlich das Geld der Kaufleute und der vorsichtigen Unternehmer, und diese «Geldflüssigkeit» erweckt den Eindruck, es sei eher zu viel als zu wenig Geld da. Sobald das Gerücht von steigenden Preisen in glaubhafter Form durchs Land geht, verschwindet diese Geldfülle, weil sie die Handels- und Geschäftsleute wieder im Betrieb brauchen.

Wer versorgt nun die Volkswirtschaft mit Geld und nach welchen Regeln und Gesetzen? Es ist seltsam, wie schnell man auf die Produzenten greift, wenn irgend etwas in der Volkswirtschaft nicht stimmt — so hat man vor einem Jahre an der Bankiertagung

in Zermatt den Bergbauern Einfachheit empfohlen — und wie schwer man sich dagegen entschließt, auf der Seite der Nachfrage, des umlaufenden Geldes nachzuforschen, ob dort alles in Ordnung ist oder nicht! Und doch ist auf dem Warenmarkt die Nachfrage sicher ebenso wichtig wie das Angebot. Aber man hat das Geldwesen mit einem Schleier von Furcht und Verehrung umhüllt, und wehe dem, der diesen Schleier zu lüften wagt! Man mache den Versuch und frage bei Geschäftsleuten oder Politikern, was «Nachfrage» eigentlich sei, die zusammen mit dem Angebot bekanntlich die Preise bestimme: während auf die Frage nach dem «Angebot» jeder sofort Bescheid weiß, wird er auf die zweite Frage vielleicht mit Robert Grimm antworten, daß die Nachfrage «unser Bedarf» sei — was ja ganz falsch ist, indem es manchem von uns so geht, wie jenem fidelen Burschen in der Wirtschaft, der seinen Beutel hervorzog und sagte; er müsse einmal nachsehen ob er noch Durst habe! Nicht die Bedürfnisse, nicht Hunger, Durst und Kältegefühl sind Nachfrage, sondern wahre Nachfrage ist einzig und allein das Geld, das uns hingelegt wird für unsere Waren und Arbeitsleistungen. Aber der Kredit? — so höre ich fragen. Mit dem Kredit hat es eine eigene Bewandtnis: er ist da, wo man Geld erwartet, und er fehlt da, wo kein Geld ist! Kredit ist nichts anderes als erwartetes Geld, und wo man in einer Volkswirtschaft nichts mehr erwartet, hört auch der Kredit auf! Nur wenn zuletzt doch Geld in Gang gesetzt werden kann oder zum Voraus schon Geld hingelegt worden ist, wie bei der Anweisung (Scheck), bei der Ueberweisung (Giro) und der Verrechnung (Clearing), da ist sogenannter «bargeldloser Zahlungsverkehr» möglich. Daher steigt und sinkt dieser auch mit der Geldmenge seines Landes. [8])

Wie wird nun die Volkswirtschaft der Schweiz mit Geld versorgt? Das geschieht von zwei Stellen

---

[8]) Vergleiche darüber die Jahresberichte der Schweiz. Nationalbank: sie zeigen klar diesen Zusammenhang!

aus: von der eidg. Münzstätte in Bern mit dem Metallgeld und von der Schweizerischen Nationalbank aus mit den Noten. Der Bestand an Metallgeld im Verkehr wird in den letzten Jahren (und auch künftig) gleich groß erhalten, im Verkehr als fehlend empfundene Münzen werden ersetzt durch Neuprägungen. Von hier aus gibt es heute keine Veränderungen zu erwarten.

Anders ist es mit den Noten. Da hatte man im Jahresdurchschnitt 1912: 269 Mill., 1920: 934 Mill. und 1929: 856 Mill. in den Verkehr gegeben. Auf 31. Dezember 1930 waren von der Nationalbank 1062 Mill. ausgegeben worden.

Wie paßt nun die Nationalbank die Nachfrage, das umlaufende Geld, dem Warenangebot an? Diese Aufgabe ist recht einfach zu lösen. Zeigen die Angaben des Bundesamtes für Industrie, Gewerbe und Arbeit über die Tendenz des Großhandelsindexes Neigung zu einer Senkung des Großhandelsindexes, so weiß ja die Leitung der Nationalbank, daß diese sinkende Tendenz nur von einer verhältnismäßigen Verminderung des umlaufenden Geldes gegenüber dem Gesamtwarenangebot herrühren kann und also auch von hier aus aufgehoben werden muß. Man wird dabei natürlich auf eine Preissenkung nur dann mit einer Vermehrung des Geldumlaufes antworten, wenn sie allgemein ist, d. h. wenn sie den Index drückt und nicht etwa durch das Steigen anderer Warenpreise wettgeschlagen und in ihrer Wirkung auf den Index aufgehoben wird. Man sagt natürlich oft, die allgemeinen Preissenkungen rühren von der Angebotsseite her, die Notenbanken seien unschuldig am Wetter, an all den Einflüssen auf der Produktionsseite überhaupt. Aber das enthebt die Leitung der Notenbank trotzdem nicht von der Pflicht, den Preisstand auf der gleichen Höhe zu erhalten, sowenig die wechselnde Regenmenge die Schleusenbedienung eines Sees von der Pflicht befreit, den Seespiegel durch Oeffnen oder Schließen der Schleusentore auszugleichen. Die Notenbank muß die Geldmenge der Warenmenge anpassen, wenn nicht die Vernichtung der Waren und

die Lahmlegung der Produzenten eintreten soll. Es gilt daher bei sinkender Tendenz des Indexes sofort den Geldumlauf zu vermehren, die Nachfrage nach den Waren dem Angebot anzupassen. Warum? Weil der Glaube an sinkende Preise, an ein Steigen der Kaufkraft des Geldes also, jede Kauflust tötet. Es hieße heute Allbekanntes wiederholen, wenn das hier begründet und mit Tatsachen belegt würde. Darum wird die Nationalbankleitung jede Senkung des Großhandelspreisstandes sofort bekämpfen, um der Absatzstockung entgegenzuarbeiten.

Man wird hier vielleicht fragen, ob dies allein genüge, um die Krise zu verhindern? Denn dann hätte man ja mit der Sorge um den Geldumlauf des Landes auch die Sorge für den Absatz und die Arbeitsmöglichkeiten übernommen?! Darauf antwortet Prof. Gustav Cassel, der Finanzexperte des Völkerbundes auf den Konferenzen in Brüssel und Genua und heute noch Mitglied des Finanzkomitees und des Goldausschusses im Völkerbund: «Die Verantwortung, die die Leiter der Geldpolitik der Welt für die verhängnisvolle Entwicklung tragen, ist in der Tat so fürchterlich, daß der Eifer leicht zu verstehen ist, womit man auf der Seite der Notenbanken jeden Einfluß auf diese Entwicklung abzulehnen sucht.» Und Leopold Dubois, der bekannte verstorbene Basler Bankier bekannte 1923 in der eidg. Währungskommission: «Um die Krise zu beheben, brauchte man nur mehr Noten auszugeben.» —

Wir sagen also: das Zurückbleiben des Geldumlaufs hinter dem Warenangebot und das dadurch hervorgerufene Sinken des Indexes ist schuld an den allgemeinen Krisen, und wird das Sinken des Preisstandes verhindert, so bleibt auch die Krise aus. Hält diese Erklärung unserer oben angeführten dreifachen Prüfung wirklich stand? Daß der Mensch tatsächlich mit dem Kaufen wartet, wenn er tiefere Preise erhoffen darf, ist sicher — das entspricht seinem wirtschaftlichen Selbsterhaltungstrieb und man darf es ihm nicht übel nehmen. Das Geld bleibt also länger liegen, der Geldumlauf wird kleiner, auch wenn die

Geldmenge selbst nicht vermindert wird. Dieser Geldstreik läßt sich an zwei Tatsachen besonders schön nachweisen. Setzen wir nämlich die Nachfrage, die ja gleich ist der Geldmenge (G), multipliziert mit deren Umlaufsgeschwindigkeit (U) in eine Rechnung ein, in der wir das Warenangebot (W) durchschnittlich als ungefähr gleich groß annehmen, so erhalten wir folgende Gleichungen für den Großhandelsindex (GI) und den Kleinhandelsindex (KI):

$$G \times U : W = GI$$

und

$$G \times U : W = KI.$$

Setzen wir in diese Gleichungen die Warenmenge jedesmal mit 100 ein und entnehmen die anderen Zahlen den amtlichen Veröffentlichungen, so ergibt sich für den Großhandel auf 1. Dezember 1929 folgende Rechnung:

$$928 \times U : 100 = 140. \quad U = 15,1.$$

Für den Kleinhandel des gleichen Zeitpunkts:

$$928 \times U : 100 = 162. \quad U = 17,5.$$

Wie gestalten sich diese Zahlen auf den 1. Dezember 1930?

Im Großhandel:

$$968 \times U : 100 = 120. \quad U = 12,4.$$

Für den Kleinhandel auf den gleichen Zeitpunkt:

$$968 \times U : 100 = 157. \quad U = 16,2.$$

Daraus ergibt sich: im Großhandel ist vom Dezember 1929 auf Dezember 1930 die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes von 15,1 auf 12,4, also um

rund 20% gesunken. Macht man diese Rechnung auf Ende November der beiden Jahre, so ergibt sich, daß damals die Umlaufsgeschwindigkeit des Geldes noch bedeutend größer war! Die Krise muß sich also im November noch verschärft haben — und das ist ja tatsächlich auch der Fall!

Aus diesen Zahlen ergibt sich aber ferner auch, daß die Verminderung der Umlaufsgeschwindigkeit im Kleinhandel viel geringer ist als im Großhandel. Das ist ja auch leicht verständlich: Die Hausmutter oder der Hausvater haben den Umlaufszwang des Geldes in den Mägen der Familienglieder, sie können mit dem knappen Haushaltungsgeld nicht lange streiken! Daher ist die Nachfrage in den Lebensmittelgeschäften noch nicht merklich gesunken, während anderseits der Kleinhändler mit der Auffüllung seines Lagers im Hinblick auf weiter sinkende Preise sicher zögert. Ganz anders vorsichtig handelt erst noch der Großhandel! Hier wird das Geld zurückgehalten so gut es nur irgendwie geht. Und man sieht, wie wenig es eigentlich braucht, um den Preisfall vom Jahr 1929 auf 1930 herbeizuführen: statt 5 wartet man 6 Tage mit dem Kaufen oder kauft statt 5 nur 4 Einheiten und die Preissenkung im Großhandel ist erzwungen. Sie ist da, wenn der Geldstreik nicht durch die Geldversorgung verhindert wird.

Was kann die Nationalbank zur Vermehrung des umlaufenden Geldes und damit zur Festigung des Großhandelsindexes tun? Schon allein ihre Erklärung, den Preisstand nicht sinken zu lassen, lockert den Wirtschaftskrampf. In der Geschichte der Bank von England haben wir mehrere Beispiele dafür, daß eine Wirtschaftskrise durch den bloßen Beschluß des Parlaments behoben wurde, mehr Noten in Verkehr zu bringen, ohne daß der Beschluß selbst durchgeführt werden mußte, weil in der Erwartung stärkerer Geldversorgung und damit eines festen, wenn nicht gar steigenden Preisstandes die Leute ihr Geld wieder umlaufen ließen! Schon allein diese Erklärung wirkt Wunder, schreibt auch Professor Cassel. Aber die

Notenbanken haben noch andere Mittel, um den Geldumlauf der Warenmenge anzupassen. Sie können Obligationen auf dem offenen Markt ankaufen und sie mit Noten bezahlen. Damit kommt Geld an die Stelle der Obligationen, und dieses Geld wird irgendwie in Umlauf gebracht. Im Jahre 1923 haben die Vereinigten Staaten dieses Verfahren gebraucht; sie erreichten damit ein Ansteigen des Preisstandes und damit das Ende der großen Krise, die dort vom Juli 1920 an geherrscht hatte. Ein weiteres Mittel, um Geld in den Verkehr zu bringen, bestände in Steuernachlassen und sofortigem Ersatz des Steuerausfalles durch neue Noten aus der Notenbank, die durch die Gemeinwesen sicher sofort in Umlauf gebracht werden könnten. Dieses Vorgehen ist gesetzlich noch nicht umschrieben und wurde noch nie durchgeführt — aber es ist sympatisch! Nur muß man aufpassen, daß nicht zu viel Geld in den Verkehr kommt! Immerhin haben die Notenbanken auch wieder die Möglichkeit, durch Verkauf von Obligationen rasch wieder Geld aus deren Verkehr zurückzuziehen und zu erklären, daß sie auch gegen jede Erhöhung des Preisstandes ankämpfen würden. Die Gefahr einer allgemeinen Preissteigerung ist auch nicht so groß, da nach Cassel ohnehin in Europa 2,8% und nach Snyder in den Vereinigten Staaten eine Geldvermehrung von je 3,5% im Jahr notwendig ist, da die Warenproduktion in diesem Verhältnis ansteigt und eine entsprechende Geldvermehrung notwendig macht.

Bis heute war die gebräuchliche Geldversorgung jedoch der Warenwechsel, d. h. die Kaufleute reichten Wechsel, m. a. W. einen Schuldschein, bei der Nationalbank ein und erhielten dagegen den Betrag in Noten. Mit diesem System hoffte Kundert, der erste Generaldirektor der Schweiz. Nationalbank, die richtige Geldversorgung durchführen zu können. Aber er rechnete nicht mit dem wirtschaftlichen Selbsterhaltungstrieb des Kaufmanns. Der Kaufmann holt nämlich gerade dann kein Geld mehr aus der Notenbank in den Verkehr hinaus, wenn es dort am dringendsten und nötigsten wäre, nämlich bei sinkenden Preisen, und er holt solches, wenn es schon im Ueberfluß da ist, nämlich wenn die Preise steigende Tendenz haben und der rasch noch kaufen will, um bei einer kommenden Preiserhöhung gedeckt zu sein. Das zeigen uns die Ausweise der Nationalbank mit aller wünschbaren Deutlichkeit.

So stieg z. B. während der Monate Juli bis September 1927 der Großhandelsindex von 98 auf 100. In der gleichen Zeit stieg die Summe der Wechsel bei der Nationalbank von 318 auf 321 Millionen an, was noch erträglich ist. Aber als Ende 1929 die Krise sich langsam spürbar machte und das Mißtrauen wuchs, da sank die Summe der Wechsel bei der Nationalbank rasch auf 127 Millionen im Oktober 1929 und bis auf 22 (!) Millionen Mitte November 1930! Deutlicher ist der Geldstreik des Großhandels kaum mehr darzustellen als durch diese Zahlenreihe:

321—127—22!

Damit ist das Unzureichende dieser rein passiven Nationalbankpolitik zur Genüge gekennzeichnet. Die Nationalbank tut nämlich heute noch gar nichts, um den Preisstand zu festigen! Sie erklärt sich weder dazu bereit, es zu tun, noch versucht sie in dieser Richtung etwas zu unternehmen, trotzdem man heute allgemein weiß, welche Folgen für die Beschäftigung eines Volkes das Sinken des Preisstandes hat!

Die Nationalbank versteift sich nun aber statt auf die genügende Geldversorgung unserer Volkswirt-

schaft und somit auf die Festigkeit des Inlandpreisstandes auf den festen Wechselkurs mit dem Dollar! Sie gibt also immer so viel Geld in den Verkehr, daß der Dollarpreis bei uns auf der gleichen Höhe steht. Was hat das für einen Sinn? Handeln wir mit Dollar oder handeln wir mit unsern Arbeitserzeugnissen? Was geht uns der Dollarpreis viel an? Der Handel mit den Vereinigten Staaten betrug 1929 498,7 Millionen Franken, der Handel mit andern Ländern 4489,6 Millionen Franken, also fast das Zehnfache, der Handelsumsatz im Landesinnern aber mag bei 200 Milliarden Franken betragen haben! Warum also richten wir unsere Geldausgabe so krampfhaft nach dem Angebot von Dollar in der Schweiz? Ist denn der Dollar eine Ware, die etwa stets in richtiger Menge in den Verkehr gebracht wird? Durchaus nicht! Ende 1928 waren 5008 Millionen Dollar im Verkehr und der Wert des Dollars (für das Jahr 1926 mit 100 angenommen) stand auf 97,7. Ende 1930 waren aber nur noch 4890 Millionen Dollar im Verkehr und der Wert des Dollars war daher auf über 127 gestiegen, der Preisstand dementsprechend auf 78,4 gesenkt worden.

Es ist also gar nicht wahr, daß der Dollar etwa eine festere Kaufkraft, einen sichereren Wert hätte als die meisten anderen Geldsorten. Der Dollar hat von 1914 bis 1920 bis zu 70% seines Wertes verloren und amerikanische Volkswirtschafter sprechen noch heute von dem 40 Billionendiebstahl an den ameri-

kanischen Ersparnissen, der durch die Entwertung des Dollars zustandekam. Der Dollar galt auch jahrelang viel weniger als unser Schweizer Papiergeld, obschon der Dollar ein Golddollar und das Schweizerpapiergeld in Gold nicht einlösbar war. Es ist noch jedermann bekannt, wie unsere Noten im Ausland oft weit besser bezahlt wurden als Gold- und Silbermünzen. So zahlte man für 100 Dollar statt 518 Fr., wie es nach der Parität der Fall sein sollte, zeitweise im Jahre 1916 nur 488 Fr., 1917 nur 428, ja im Jahre 1918 sogar nur noch 390 Fr. Im Jahre 1919 erholte er sich, aber auch damals erhielt man 100 Golddollar für 480 Papierfranken und noch im Jahre 1924 sanken 100 Dollar nochmals auf 513 Franken. Damals, im Jahre 1924, erklärte denn auch der Bundesrat, wenn die Entwertung des Dollars weitere Fortschritte machen sollten, müßte man sich in der Schweiz die Frage überlegen, ob man sich auch noch weiterhin auf Gedeih und Verderb mit dem Dollarkurs verbinden und also auch die Kaufkraft des Schweizergeldes vermindern oder nicht doch besser zu einer Stabilisierung des Geldwertes im Lande übergehen sollte.[9]) Diese Frage hätte man sich auch im Herbst 1929 wieder stellen sollen, als in den Vereinigten Staaten die Deflation beschlossen und begonnen wurde! Denn auch heute ist die Kaufkraft des Dollars nichts weniger als fest und nicht so fest wie die des Frankens. So schwankte die Kaufkraft des Dollars von 1926 bis 1928 zwischen 92,5 und 99,8, während sich in der gleichen Zeit die Kaufkraft des Schweizergeldes zwischen 98 und 101 bewegte. Ganz schlimm aber ist das Bild der Dollarkaufkraft seit 1929.

	Index	Kaufkraft		Index	Kaufkr.
1926	100,0	100	1931 I	93,4	107
1927	95,4	105	1930 IV	90,7	110
1928	97,7	102	1930 VII	84,0	119
1929	96,5	104			

Die Kaufkraft des Dollars hat sich also allein im

[9]) Handelsamtsblatt 1925.



Jahre 1930 um ungefähr 10% gehoben, und seit der sogenannten «allgemeinen Stabilisierung» von 1924/26 um 20%. Und da spricht man überhaupt noch von einer Stabilisierung?!

Man schimpft heute in den Bankberichten so viel über die Peseta, die unstabil sei. Aber wie verhält sich der Dollar zur Peseta?

Das zeigt die folgende Zusammenstellung:

Jahr	Spanien Kaufkraft d. Peseta	Vereinigte Staaten Kaufkraft d. Dollar
1926	100	100
1927	95,0	104,9
1928	90,2	102,2
1929	95,0	103,9
1930 November	??	118,9

Wir sehen: während sich die Kaufkraft der Peseta zwischen 100 und 95 bewegt und heute genau dasteht wo 1923, schwankt der Wert der Kaufkraft des Dollars in der gleichen Zeit zwischen 100 und 118,9 —

die Schwankungen des Dollars sind fast viermal so groß wie der der Peseta, 18,9 gegen 5 Punkte! Dabei ist Direktor Quesnay von der Morganbank nach Spanien gesandt worden, um die Peseta zu stabilisieren: der Passagier sieht im steigenden Luftballon, daß die Erde sinkt, der Betrunkene will die schwankende Plakatsäule stützen und der schwankende Dollar die festgebliebene Peseta stabilisieren!

Warum wird die Kaufkraft des Dollars jetzt plötzlich von 100 auf 118,9 erhöht, indem man die Dollar von 2756 Millionen im Jahre 1926 auf 2379 Millionen im September 1930 vermindert, nachdem im Oktober 1929 der Stand noch 2763 Millionen betragen hatte? Warum mußten die Vereinigten Staaten, warum mußten alle andern Länder, die mit ihnen die Goldwährungspolitik betreiben, in eine derartige Krise hineingetrieben werden?

Die Antwort auf diese Frage werden wir vielleicht auch in fünf Jahren erhalten, wie La Follette auch erst 1912 herausbringen konnte, daß Rockefeller und Morgan die Krise von 1907 herbeigeführt hatten, um die Regierung für ihre Antitrustgesetze zu strafen. [10]) Möglich, ja sogar wahrscheinlich, daß es sich diesmal um einen Schlag gegen Hoover, vielleicht auch gegen die Prohibition, handelt. Die englischen Bankiers sprechen heute — verrät Keynes in seinem neuesten Werke [11]) — von «the hidden hand», der «verborgenen Hand», die über die Frage entscheidet, ob die Volkswirtschaft genügend mit Geld versorgt werden darf, oder ob wir arbeitslos werden und die Erzeugnisse der Natur und des Gewerbes ins Meer versenken müssen, um den Preisstand zu stützen, oder ob eine Inflation die Ersparnisse schädigen soll.

Aber, so fragt man nun immer wieder, wenn man solche Dinge hört, hält denn diese Krisentheorie auch der Prüfung in den verschiedenen Ländern

---

[10]) Siehe Morgan, der ungekrönte König der Welt, von Fritz Schwarz.

[11]) J. M. Keynes, A treatise of money. London 1930.

stand? (Daß sie mit der Natur des Menschen in Uebereinstimmung steht, sahen wir schon.) Diese Frage kann heute anhand eingehender Untersuchungen des Internationalen Arbeitsamtes in Genf mit Ja! beantwortet werden. [12]) Seit 1920 hat das Amt Zusammenstellungen über Preisbewegung und Arbeitslosigkeit gemacht und hat festgestellt, daß in allen Ländern mit sinkendem Preisstand die Arbeitslosigkeit einsetzte, während sie in den Ländern mit steigenden oder stabilem Preis zurückging und verschwand, gleichgültig, ob diese Staaten Sieger- oder Besiegtenstaaten, ob sie nahe bei Rußland sind, ob es reiche oder arme Länder waren. So hatte z. B. Finnland von 1920—29 keine Arbeitslosigkeit. Es nahm der Schweiz besonders 1920/22, als man den Kurs des Frankens hob, viele Absatzmöglichkeiten für Milchprodukte weg . . . Damals sprach man in der Schweiz von einer Weltkrise — wie übrigens heute auch. Die Weltkrise ist der gleiche Schwindel wie der «feste» Golddollar: es hat seit 1918 nie eine Zeit gegeben, in der nicht in irgend einem Lande die Wirtschaftslage günstig, die Arbeitslosigkeit gering war. So haben heute — Ende Dezember 1930 — Frankreich, Spanien und die nordischen Staaten wenig Arbeitslose — weil ihre Geldversorgung besser ist als die der andern Länder. Ueber die Ursache dieser

[12]) La crise de chômage 1920—23. Genf 1924. — Das Problem der Arbeitslosigkeit in internationaler Betrachtung 1920—1928. Genf 1929.

Erscheinung orientiert die folgende Uebersicht. Die Notenmenge betrug in Millionen der Landeseinheit auf Jahresende (U. S. A. gesamte Geldmenge):

Land	1926	1927	1928	1929	1930
Schweiz	874	917	953	999	1062
Deutschland	3,736	4,564	4,930	5,044	4,778
Oesterreich	947	1,005	1,067	1,094	1,090
Frankreich	52,449	56,301	62,181	68,571	76,436
Italien	20,133	18,775	17,456	16,854	15,680
Spanien	4,339	4,202	4,377	4,433	4,724
Belgien	9,646	10,951	12,358	14,683	16,419
Tschecho-slowakei	8,203	8,417	8,466	8,230	7,144
Ungarn	471	487	513	501	469
Rußland	1,195	1,483	1,821	1,529	4,026
Finnland	1,346	1,514	1,513	1,361	1,279
Lettland	66	71	76	83	87
Schweden	525	526	546	569	594
Norwegen	337	331	316	318	312
Dänemark	386	354	360	367	360
Holland	830	809	865	862	847
England	387	382	378	370	369
Ver. Staaten	5,095	5,049	5,008	4,943	4,890

Besonders lehrreich sind in dieser Zusammenstellung die Zahlen von Frankreich, Italien, England, — ach, man kann sie alle aufzählen und aus ihnen das Schicksal ihrer Bewohner ablesen. Besonders aufschlußreich aber ist der Vergleich zwischen den Jahren 1927 und 1928 einerseits und den Jahren 1929 und 1930 anderseits. Von 1927 auf 1928, als uns von der «hidden hand» das Rekordjahr 1928 gestattet wurde, da wurde überall, mit Ausnahme bloß von England, Italien und Norwegen, die Notenmenge erhöht. Von 1929 auf 1930 ist sie nur in Frankreich, Belgien, Dänemark, Schweden, Spanien und Rußland erhöht worden (wobei in Rußland die Arbeitslosigkeit vom Herbst 1929 bis in den Herbst 1930 um die Hälfte zurückging!). Aber auch die andern genannten Länder mit einer kleinen Geldvermehrung sind «krisenfester» als die Länder mit Geldverminderung.

Und nun kommt die alte Frage, die jeder ganz entsetzt stellt, wenn er sieht, daß Arbeit, Absatz, Wohlstand von der Geldversorgung abhängig ist und merkt, was bisher auf diesem Gebiet vernachlässigt und gesündigt worden ist, die Frage nämlich: *warum führt man das nicht durch, warum läßt man dieses Elend der Arbeitslosigkeit und der Absatzstockung immer wieder über uns kommen?* Warum setzt man sich sogar der Gefahr aus, dem Bolschewismus zu verfallen, die Menschheit in neue Kriege hineinzujagen, die Mehrzahl des Volkes arm zu behalten und jeden Kulturaufstieg wieder zu unterbrechen? Warum wird diese selbstverständliche Forderung nicht erfüllt — *warum stellt man der Volkswirtschaft das Geld nicht im richtigen Maße zur Verfügung?*

Die Ausrede, daß es nicht möglich sei, gilt nicht. Die Stabilisierung des Dollarkurses ist für uns Schweizer viel schwieriger als die Stabilisierung des Großhandelsindexes. Nationalbanksubdirektor Ott [13]) hat es schon 1915 in seinem Berner Vortrag ausgesprochen, daß die Notenbanken «eingreifen» und den Preisstand so oder anders lenken könnten, dasselbe sagten Bundesrat Meyer [14]) und Leopold Dubois [15]). Und überdies hat 1924 der Bundesrat den Uebergang von der Dollarwährung zur Indexwährung als möglich einfach vorausgesetzt und in den Kreis der zu treffenden Maßnahmen gegen die Inflation einbezogen. Endlich hat Dr. Furlan schon 1921 die Einwände gegen die Möglichkeit der Indexwährung auf gleiche Linie mit den seinerzeit vorgebrachten Einwänden gegen die Möglichkeit der Eisenbahnen gestellt.

An der technischen Möglichkeit, die Volkswirtschaft richtig mit Geld zu versorgen, zweifelt heute niemand mehr aufrichtig. Also will man nicht. Aber warum will man nicht?

Der römische Rechtslehrer Cassius schärfte seinen Schülern ein, bei allen Untersuchungen sich immer das Wort cui bono — wem ist's zum Nutzen? — vor Augen zu halten, um den Schuldigen rasch zu finden. So fragen wir auch hier: wer hat den Nutzen an der schwankenden Geldversorgung? Da stoßen wir auf die «hidden hand», auf jene Leute, die im Verborgenen darüber entscheiden, ob wir viel Geld oder wenig Geld, steigenden oder fallenden Index, gute oder schlechte Geschäfte haben sollen. Die Köpfe, die zu dieser Hand gehören, wissen, wie alle Spekulationen zu richten sind, damit sie erfolgreich werden. Die Spekulation ist die erste und größte Nutznießerin der schwankenden Kaufkraft des Geldes. Und vergessen wir nicht: Spekulieren ist eine Sucht, etwa wie das Jassen oder das Lotteriespielen,

---

13) Ott, Krieg und Geld, Bern 1916.

14) «Neue Zürcher Zeitung», 29. Juli 1921.

15) Wie steht es mit dem Schweizer Franken? Bern 1924

nur noch schlimmer. Der Spekulant verteidigt sein Spiel anders als irgend ein anderer sein Spiel verteidigen würde, wenn man es ihm verunmöglichen wollte. Wenn der Spieler selbst seine Ehre aufs Spiel setzt, um seiner Leidenschaft zu frönen, wie sollte den Spekulanten das Schicksal der Arbeitenden irgendwie hindern, die Spekulationswährung zu befürworten und zu verteidigen? Nur der Zusammenschluß aller noch Gutgesinnten kann uns da helfen und uns aus den Klauen der Spekulation befreien.

Im Bunde mit der Spekulation steht die Denkfaulheit der Leute, die sich mit kurzatmigen Krisenausreden — Theorien wäre zu viel gesagt — abspeisen lassen. In Zürich amtet heute noch ein Profesor der Nationalökonomie (Saitzew), der offen erklärte, die Volkswirtschafter wären wohl dumm, wenn sie eine haltbare Krisentheorie aufstellen würden, da sie sich ja damit den Ast absägen würden, auf dem sie sitzen! So etwas läßt sich das Volk bieten, das in der letzten Krise einen Schaden von schätzungsweise einer Milliarde erlitten hat! Von Trägheit in diesen Dingen zeugt auch die Tatsache, daß z. B. die deutschen Reichsbanknoten heute noch zum überwiegenden Teil die Namen der Männer tragen, die seinerzeit die Inflationsnoten unterschrieben haben. Aber auch bei uns lesen wir auf den Noten heute noch die Namen derjenigen, die 1920—1922 die große Krise trotz aller Warnungen über unser Land heraufbeschworen haben. (Die Notenmenge betrug am 31.

Dezember 1919 1036 Millionen, Mitte Juni 1922 noch 730 Millionen — ein Teil der Noten, eingezogen durch die Kriegssteuern, wurde in Deißwil verbrannt und damit als Nachfrage aus der Welt geschafft.)

Hinzu kommt endlich der Umstand, daß unsere National- und Ständeräte statt Volksvertreter bloße Parteivertreter sind. Mit Geschäften überlastet, die überdies zum größten Teil durch die Schwankungen des Preisstandes verursacht sind (neue Besoldungsgesetze, Zollgesetze, Budgetstreitigkeiten usw.) finden wenige unter ihnen Zeit und Mut, sich gründlich einzuarbeiten, und da über diesen wenigen noch die Fraktion steht, die auch «überlastet» ist, so hat hier der bisherige Betrieb unserer Geldversorgung ebenfalls eine Stütze, die sehr fest im Boden des Althergebrachten verankert ist.

Endlich weiß man allgemein fast nichts über unsere Geldverwaltung; wer weiß z. B., daß die Schweizerische Nationalbank eine Aktiengesellschaft ist, von der der Bund überhaupt kein Stück der Aktien besitzen darf und von denen nicht einmal 40% im Besitz der Kantonalbanken, über 60% dagegen im Besitz von Privaten sind?! Wer weiß etwas davon, daß der Brief des Bundesrates an den Schweizerischen Grütliverein, vom 15. Dezember 1924, worin sich der Bundesrat die Frage vorbehielt, statt den Dollarkurs den schweizerischen Großhandelsindex stabil zu halten, in der Leitung der Schweiz. Nationalbank den größten Unwillen über diese Kundgebung «aus der Küche des Bundesrates» (so steht's im Protokoll der Aktionärversammlung der Nationalbank) ausgelöst hat? Wer hat in der Schweiz Einläßlicheres gehört über die Forschungen des Internationalen Arbeitsamtes über die Ursachen der Krisen und wer kennt jene trockene Feststellung dieses Amtes, daß die Krise der Jahre 1920/22 in der Schweiz durch die Geldverminderung der Nationalbank (155 Millionen weniger binnen kurzer Zeit) hervorgerufen worden ist? Man weiß davon ebensowenig wie von den schweizerischen Finanzierungsmethoden 1914—

1920, wo sich der Bundesrat bis 680 Millionen Franken in neuen Noten vorschießen ließ, mit denen er als neue Nachfrage auf den Märkten auftrat und so mithalf, «die Teuerung ohne Not zu verschärfen, die Unzufriedenheit in weite Teile unserer Bevölkerung zu tragen (die Bundesbahner allein verloren in jenen 6 Jahren 14 Monatsgehälter an Kaufkraft!) und damit der Generalstreikbewegung unbewußt Vorschub zu leisten.» (Dr. E. Kellenberger, Vize-Direktor des Eidg. Kassen- und Rechnungswesens.)

Wer weiß das alles — und noch viel mehr, — was jeder Schweizer von seinem Geldwesen wissen sollte? Und doch ist das alles von grundlegend wichtiger privatwirtschaftlicher wie politischer Bedeutung.

Wäre das Schweizervolk in diesen Fragen aufgeklärter als es heute ist, dann könnte einmal der heutige, so unverbindliche 2. Absatz des Art. 39 der Bundesverfassung den neuen Einsichten entsprechend abgeändert werden. Heute lautet er: «Die mit dem Notenmonopol ausgestattete Bank hat die Hauptaufgabe, den Geldumlauf des Landes zu regeln und den Zahlungsverkehr zu erleichtern.»

Dieser zu nichts Bestimmtem verpflichtende Satz muß einmal — wohl am besten durch eine Verfassungs-Initiative — so abgeändert werden:

«Die mit dem Notenmonopol ausgestattete Bank hat die Aufgabe, den Zahlungsverkehr zu erleichtern und den Geldumlauf des Landes so zu regeln, daß die Kaufkraft des Schweizergeldes fest bleibt. Als Maßstab dieser Kaufkraft dient der Großhandelsindex.»

Und das Ausland, was sagt das dazu, höre ich fragen. Die Krisen werden national gemacht, durch die Art der Geldversorgung, die ebenfalls eine nationale Angelegenheit ist — also haben wir sie auch national zu bekämpfen — durch eine nationale Währungspolitik! Das sind Erfahrungstatsachen, wie sie sich seit Dr. Th. Christens grundlegenden Veröffentlichungen

über die schweizerische Geldpolitik immer klarer herausgestellt haben. [16]) «Ein Land muß mit der Stabilisierung seines Indexes vorangehen», schrieb Prof. Cassel zur Genueser Konferenz, und er meinte, das müßten die Vereinigten Staaten sein. Sie werden das nicht tun können: die Spekulation ist dort viel zu stark und zu einflußreich, «the hidden hand» regiert. Aber die Schweiz muß vorangehen, wie sie 1291 und 1847 vorangegangen ist. Sie wird damit der Mittelpunkt für eine neue Geldpolitik, die den Sparer vor Geldentwertung, den Arbeitswilligen vor Arbeitslosigkeit, den Unternehmer vor unverschuldeter Absatzstockung und die Gesellschaft vor dem Staatssozialismus und dem Umsturz sichert.

[16]) Dr. Th. Christen: Ordnung und Gesundung des Schweizer Geldwesens. Gesammelte Denkschriften an das Finanzdepartement. — Bern 1919. — (Eine der wichtigsten Veröffentlichungen der Jahre von 1915 bis 1930!)

Nachschrift: Für jede weitere Auskunft über Inhalt und Erfolg dieser Schrift wende man sich an die Geschäftsstelle des Schweizer. Freiwirtschaftsbundes, Bern.

Diese Arbeit erschien zuerst in der Freiwirtschaftlichen Zeitung